

MOTION von Daniel Frei (SP, Niederhasli), Daniel Heierli (Grüne, Zürich) und Markus Schaaf (EVP, Zell)

betreffend Transparente Wahlkampffinanzierung bei kantonalzürcher Majorzwahlen

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, dass bei kantonalen Majorzwahlen (Regierungsrat, Ständerat) eine Offenlegungspflicht der Wahlkampffinanzierung besteht. Dies muss gegenüber der wahlleitenden Behörde vorgenommen werden, welche die Angaben dann der Öffentlichkeit zugänglich macht.

Daniel Frei
Daniel Heierli
Markus Schaaf

262/2015

Begründung:

Der finanzielle Mitteleinsatz bei Wahlen und insbesondere bei Majorzwahlen wird stetig grösser. Zu einer guten und offenen demokratischen Kultur gehören Transparenz und die Offenlegung von Interessenbindungen. Gerade bei Majorzwahlen - auf kantonaler Ebene sind dies die Mitglieder des Regierungsrates und des Ständerates - werden einzelne Persönlichkeiten gewählt. Sie werden im Gegensatz zu Proporzahlen nicht primär als Parteienvertreterinnen und Parteienvertreter gewählt, sondern ad personam, was sich auch daran zeigt, dass im Falle eines Rücktritts eine Neuwahl notwendig und kein Nachrutschen möglich ist. Im politischen Betrieb verfügen sie über einen vergleichsweise exklusiven Status mit grossem persönlichem Gestaltungsspielraum und in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung kommt ihnen eine hohe Aufmerksamkeit zu. In ihre Ämter gelangen diese Personen in der Regel mit einem aufwändigen und kostenintensiven Wahlkampf. Umso wichtiger ist es daher, dass Transparenz herrscht, woher die Mittel für die Wahlkampffinanzierung kommen und welche allfälligen Interessenbindungen vorliegen. In der Schweiz und im Kanton Zürich bestehen keine Regelungen zur Parteienfinanzierung oder zu einer Offenlegungspflicht. Im Sinne einer minimalen und einfach umsetzbaren Regelung ist eine Offenlegungspflicht bei kantonalen Majorzwahlen sinnvoll und gerechtfertigt - die Wählerinnen und Wähler haben Anspruch auf ein Mindestmass an Transparenz. Dies stärkt die Demokratie und erhöht ihre Glaubwürdigkeit.